

KLAUS VOGT

Wirksamere Regionalpolitik durch Erfolgskontrolle

1. Die Problemstellung

Das zentrale ökonomische Ziel der Regionalpolitik besteht in der Vermeidung und Beseitigung extremer Disparitäten in der interregionalen Verteilung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Realeinkommen unter der Nebenbedingung eines Mindestmaßes an konjunktureller und struktureller regionaler Stabilität¹. Es wird entweder aus verteilungspolitischen Gründen auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate verfolgt, oder mit der Begründung anvisiert, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung würde durch ein räumlich gleichmäßigeres Wachstum positive Impulse empfangen².

Die Zielvorstellung ist vor dem Hintergrund einer regionalen Lageanalyse zu sehen, welche in ihrem ökonomischen Teil regelmäßig folgende Merkmale aufweist:

- Der marktwirtschaftliche Wachstums- und Selektionsprozeß stimuliert die räumliche Konzentration ökonomischer Aktivität, und zwar aus zwei Gründen. Mit der säkularen Verlagerung der Beschäftigtenanteile von der primären über die sekundäre zur tertiären Produktion verschieben sich auf Grund der relativ starken tertiären Standortbindung an urbane Räume die Schwerpunkte ökonomischer Aktivität immer mehr auf die Städte. Damit einhergehend vollzieht sich ein Wandel von der flächenextensiven zur flächensparenden Nutzung des Grund und Bodens, so daß die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der Nettoproduktionswerte regelmäßig höher sind als die Wachstumsraten des Flächenbedarfs für produktive Zwecke.

Zwar sind markt- und plandeterminierte räumliche Dezentralisierungstendenzen der ökonomischen Aktivitäten, namentlich in den hochindustrialisierten Regionen, zu beobachten. Sie sind aber aus der Sicht der regionalpolitischen Zielsetzung unzulänglich. Erstens wird meist die Differenz zwischen dezentralisierbaren und dezentralisierten Aktivitäten pro Zeiteinheit als zu groß beurteilt³. Zweitens ist die Zusammensetzung der dem zentrifugalen Wachstum unterliegenden Aktivitäten mutmaßlich relativ

wachstumsungünstig⁴. Drittens ist bei den Standortverlagerungsfällen die kilometrische Entfernung zwischen altem und neuem Standort zu gering⁵, und viertens entspricht die zu beobachtende Dezentralisierung wirtschaftlicher Aktivitäten zu sehr dem „Gießkannenprinzip“ des räumlich dispersiven Wachstums und zu wenig einer räumlich konzentrierten Dezentralisierung⁶.

Aus allen vier Gründen begünstigt die Dezentralisierung in der bisherigen Form eher die räumliche Ausdehnung der traditionellen Agglomerationen, statt diesen Prozeß in eine räumlich gleichmäßigere Entwicklung zu überführen. Dadurch wird die Diskrepanz in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Agglomerationsgebieten auf der einen und den übrigen, mehr ländlichen Regionen auf der anderen Seite, wenn überhaupt, so doch nur unzulänglich abgebaut.

Konsequenterweise muß deshalb die Regionalpolitik bei den vier genannten Unzulänglichkeiten ansetzen und diese zu verringern versuchen, wenn sie der anfangs umrissenen Zielsetzung gerecht werden will. Die regionalwissenschaftliche Forderung kann zur Lösung dieser Aufgabe zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Hilfestellungen geben. Einmal ist mit den ihr eigenen Methoden der Situationsanalyse genauer herauszuarbeiten,

- wie groß der jeweilige Bestand an potentiellen Verlagerungsfällen ist,
- wie dieser Bestand für die regionalpolitischen Absichten genutzt werden kann,
- wie im Rahmen der mobilisierbaren Verlagerungsfälle das Mischungsverhältnis zugunsten der wachstumsbegünstigten Betriebe verschoben werden kann,
- wie die Bereitschaft zur Dezentralisierung über größere Entfernungen erhöht und
- mit welchen Mitteln schließlich der räumlich gestreute Dezentralisierungsprozeß in Richtung auf eine stärkere räumlich konzentrierte Dezentralisierung umgelenkt werden kann.

Hierzu liegen eine Vielzahl, zum Teil miteinander konkurrierender, auf die Belange der Bundesrepublik abgestellter Lösungsvorschläge vor. Methodisch gesehen basieren sie

¹ Vgl. *Schneider, H. K.*: Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik. In: Beiträge zur Regionalpolitik. – Berlin 1968, S. 3 f. = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 41.

² Vgl. *ebenda*; ferner *Marx, D.*: Wachstumsorientierte Regionalpolitik. – Göttingen 1966, S. 9 f.; *Thompson, W. R.*: A Preface to Urban Economics. – Baltimore 1965, S. 1.

³ Als Erklärung dafür bietet sich die Tatsache an, daß es bisher kaum gelungen ist, Betriebe, die im räumlichen Verbund mit anderen Betrieben stehen, zur Dezentralisierung über größere Entfernungen zu bewegen, auch wenn es sich dabei um räumlich beengte und sog. „footloose industries“ handelte.

⁴ Vgl. *Vogt, K.*: Zur Rentabilität von Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung. – Göttingen 1969, §§ 11, 12; *Jochimsen, R.*; *P. Treuner*: Zentrale Orte in ländlichen Räumen. – Bad Godesberg 1967, S. 48.

⁵ Vgl. *Vogt, K.*: Zur Rentabilität von Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung, a. a. O., §§ 11, 12.

⁶ Vgl. *Jochimsen, R.*; *P. Treuner*, a. a. O. in Verbindung mit den dem Bundesminister für Wirtschaft unterbreiteten „Vorschlägen zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik“, Bonn, 26. Sept. 1968, S. 12 ff.; ferner *Marx, D.*: a. a. O., § 7.

in erster Linie auf standort- beziehungsweise raumtheoretischen Analysen, der Multiplikatortheorie (location quotient oder export base theory) und der Industriekomplexanalyse, in zweiter Linie auf regionalen Input-Output-Analysen und Methoden der mathematischen Programmierung.

Darüber hinaus muß die regionalwissenschaftliche Forschung eine Palette von operationalen Erfolgskontrollen erarbeiten, die es erlauben, die Effizienz regionalpolitischer Umstrukturierungsmaßnahmen zu messen. Solange diese Aufgabe nicht hinreichend wahrgenommen wird, verharret die regionalwissenschaftliche Forschung im langfristig unergiebigen Vorfeld nicht falsifizierter Hypothesen, oder – von der praktischen Seite her ausgedrückt – wird sonst ein Ziel anvisiert, nämlich das räumlich stabilisierte und gleichgewichtige Wachstum, ohne Kenntnis des Mittelumfanges, der zur Zielverwirklichung notwendig ist, und ohne Kenntnis der Effizienz alternativer Mitteleinsätze. Von einer dem dynamischen räumlichen Entwicklungsprozeß adäquaten regionalpolitischen Flexibilität kann dann aber nur im Ausnahmefall die Rede sein, ebenso von einer rationalen Regionalpolitik.

Was die quantitative Erfolgskontrolle anbetrifft, befindet sich die regionalwissenschaftliche Forschung offenbar in einem erheblichen Rückstand. Von dessen Aufarbeitung hängt es ab, ob es der Regionalwissenschaft gelingt, auch größenordnungsmäßig anzugeben, von welchen Investitionsumfängen an der säkulare Trend zur räumlich ungleichgewichtigen Entwicklung unterbunden werden kann.

Jeder Fortschritt in dieser Richtung setzt voraus, daß der Erfolg der eingeleiteten beziehungsweise durchgeführten Maßnahmen zur Förderung struktur- und/oder wachstumsschwacher Gebiete meßbar gemacht wird. Hierfür wird im folgenden ein Vorschlag unterbreitet.

2. Der Lösungsansatz für eine quantitative Erfolgskontrolle

Jede Analyse strukturschwacher, in der Entwicklung rückständiger Regionen führt im Regelfall zu dem Ergebnis, daß der Rückstand auf eine Mehrzahl entwicklungshemmender Faktoren zurückgeführt werden kann. Namentlich zeigen sich meist Engpässe in den Aus- und Fortbildungsfazilitäten, in den Institutionen zur Erhaltung der physischen menschlichen Arbeitskraft, im Angebot an erschlossenen gewerblichen Flächen, in der verkehrsmäßigen Erschließung und Anbindung der Region, in der Quantität und Qualität der Wohnstätten, den soziokulturellen Freizeitwerten usw. Wie aus der Aufzählung hervorgeht, handelt es sich bei den Mangelerscheinungen um ökonomische und außerökonomische Determinanten der regionalen Attraktivität. Letztlich ist es die Gesamtheit solcher ökonomischen und außerökonomischen Faktoren, welche die regionale Attraktivität auf die sog. „footloose industries“, die potentiellen Ansiedlungsfälle, ausüben.

Für die Messung der regionalen Attraktivität stellt sich das Problem, die unterschiedlichen Maßstäbe für die Teilgrößen der regionalen Attraktivität in einen gemeinsamen Wertmaßstab zu transformieren. Vollständig ist das Pro-

blem gegenwärtig und auf absehbare Zeit eindeutig unlösbar⁷. Deshalb bietet sich nur der Ausweg an, auf Vollständigkeit der Messung zugunsten praktisch operationaler Kriterien, die im Zeitablauf ständig zu verbessern sind, zu verzichten. Die Aussagefähigkeit solcher Kriterien ist dann zwar naturgemäß begrenzt. Wie am folgenden Vorschlag einer quantitativen Erfolgskontrolle deutlich werden sollte, schließt das aber nicht aus, daß der Informationsgehalt der vorhandenen Messungsmethoden kontinuierlich verbessert werden kann.

Nach H. K. Schneider verdanken begünstigte Regionen ihre Fähigkeit, stets an den entwicklungsrelevanten Neuerungen aktiv teilzuhaben, dem in ihren Faktoren Kapital und Arbeit verkörperten Produktionswissen, das sich ständig regeneriert und schnell wächst⁸. Der Rückstand weniger begünstigter Regionen drückt sich entsprechend aus in einer mangelhaften Regeneration des Produktionswissens. Dieser Nachteil resultiert aus der Abwanderung der qualifizierten und jüngeren Arbeitskräfte, sowie der gleichgerichteten räumlichen Verlagerung des anlagesuchenden Kapitals⁹. Im Ergebnis beherrschen dann veralternde und veraltete Produktionsstrukturen das Gesamtbild in den rückständigen Regionen.

So gesehen, müßte der Erfolg der Regionalpolitik an der Reduktion beider Wanderungsbewegungen, der Verringerung des Verlustes an qualifizierten Arbeitskräften und an Kapital, gemessen werden. Die räumlichen Wanderungen des Kapitals sind aber quantitativ nicht hinreichend zu erfassen. Es stellt sich daher die Frage, ob der Erfolg nicht auch allein an den räumlichen Bewegungen des leichter quantifizierbaren Faktors Arbeit abgelesen werden kann.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Wachstumstheorie, die dem Kapital die zentrale Rolle im Wachstumsprozeß beimißt, hebt A. O. Hirschmann bestimmte Qualifikationen des Faktors Arbeit als ausschlaggebende Determinanten hervor. Es sind dies die Neigung und Fähigkeit, innovatorisch oder „schöpferisch zerstörend“ im Sinne Schumpeters tätig zu sein, gekoppelt mit den Neigungen und Fähigkeiten zur Kooperation und zur realistischen Einschätzung der vorhandenen Investitionsalternativen¹⁰. Der gleiche Standpunkt spiegelt sich in der bildungsökonomischen These H. P. Widmaiers wider, derzufolge „bei zunehmender Flexibilität der Ausbildung die volle Entwicklung der Fähigkeiten der Bevölkerung die beste Wachstumspolitik ergibt“¹¹.

Akzeptiert man dies als Arbeitshypothese, so folgt daraus für die Regionalplanung, daß schon die Messung des qualifizierten Arbeitskräftepotentials hinreichend Aufschluß gibt

⁷ Vgl. Vogt, K.: Zur Rentabilität von Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung, a. a. O., Teil I.

⁸ Vgl. Schneider, H. K., a. a. O., S. 10.

⁹ Vgl. Schneider, H. K., a. a. O., S. 9 ff.

¹⁰ Vgl. Hirschmann, A. O.: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. – Stuttgart 1967. S. 1 ff.

¹¹ Vgl. Widmaier, H. P.: Arbeitsorientierte Wachstumspolitik. Vortrag, gehalten auf der Sitzung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen. – März 1969, hektogr. Manuskript.

über Veränderungen im regionalen Entwicklungsgefälle. Ein relativer Anstieg des qualifizierten Arbeitskräftepotentials in den Problemregionen läßt dann darauf schließen, daß auch die „Wanderungsbilanz“ für den Faktor Kapital verbessert wurde. Dabei ist es für die Erfolgsmessung unerheblich, wer was ausgelöst hat, der Abbau des Defizits in der Bilanz der qualifizierten Arbeitskräfte den regionalen Kapitalzustrom, oder umgekehrt. Die Erfolgskontrolle sagt nichts darüber aus, worauf der anvisierte Abbau des regionalen Entwicklungsgefälles im einzelnen zurückzuführen ist. Sie kann aber auf der Grundlage der o. g. Arbeitshypothese anzeigen, ob und – gemessen an der relativen Veränderung des qualifizierten Arbeitskräftepotentials – in welchem Ausmaß ein der regionalpolitischen Zielsetzung entsprechender Abbau des regionalen Entwicklungsgefälles erreicht wurde. Das wird im folgenden vertieft.

3. Der Lösungsvorschlag

Nach den eben erörterten Zusammenhängen drückt sich die regionale Attraktivität im vorhandenen qualifizierten Arbeitskräftepotential aus, und der Abbau des regionalen Attraktivitätsgefälles manifestiert sich in einem relativ stärkeren Wachstum des qualifizierten Arbeitskräftepotentials in den rückständigen Regionen.

Zwei Fragen rücken damit in den Mittelpunkt des Interesses, nämlich wie das „qualifizierte Arbeitskräftepotential“ zu messen und welche Regionenabgrenzung zweckmäßigerweise zugrundegelegt ist. Wenn beide Fragen zufriedenstellend beantwortet werden können, ist auch die Basis für eine spätere Falsifizierung der Arbeitshypothese gegeben. Das ist für den Fortschritt der hier angesprochenen Kontrollrechnungen notwendig und deshalb auch vorteilhaft.

Die Qualifikation des Faktors Arbeit dürfte regelmäßig eng verknüpft sein mit der Ausbildungsdauer, und zwischen Ausbildungsdauer und Einkommenshöhe besteht erwiesenermaßen ein statistisch signifikanter Zusammenhang¹². Deshalb bietet es sich an, als Maßstab für das qualifizierte Arbeitspotential den gewichteten durchschnittlichen Stundenverdienst pro Kopf der Bevölkerung in der Region i zum Zeitpunkt t zu wählen. Oder genauer:

- (1) Das regionale Arbeitskräftepotential ist nach Berufsgruppen zu differenzieren.
- (2) In dieser Unterteilung sind die Arbeitskräfte mit den berufsspezifischen bundesdurchschnittlichen Stundenlöhnen zu multiplizieren und die Ergebnisse der Multiplikationen zu addieren.
- (3) Das Additionsergebnis ist durch die regionale Bevölkerung zu teilen.

Das nach Berufskategorien differenzierte regionale Arbeitskräftepotential, gewichtet mit den bundesdurchschnitt-

¹² Vgl. Hegelheimer, A.: Bildungsökonomie und Bildungsplanung. Eine kritische Untersuchung der Ansätze zu einer ökonomischen Theorie der Bildungspolitik. In: Konjunkturpolitik. 14. Jg. (1968), H. 2, S. 97.

lichen Stundenlöhnen und dividiert durch die regionale Bevölkerung, dürfte also das qualifizierte Arbeitskräftepotential und damit den regionalen Attraktivitätsstatus hinreichend zum Ausdruck bringen.

Für eine Messungsmethode, die den Schwerpunkt auf die Analyse des regionalen Arbeitskräftepotentials legt, kommt offenbar nur eine Regionenabgrenzung in Betracht, die den regionalen Arbeitsmarktverflechtungen unter den möglichen Abgrenzungskriterien eine vorrangige Bedeutung beimißt. Diese Bedingung erfüllt *Boustedts* Methode zur Abgrenzung der Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland¹³. Er verbindet die Erwerbsstruktur der Bevölkerung als homogen-strukturelles Merkmal mit dem funktional-strukturellen Merkmal der Pendlerbeziehungen als Ausdruck der regionalen Arbeitsmarktverflechtungen¹⁴. Dabei ist die Arbeitsmarktverflechtung auch insofern das dominierende Merkmal, als der Schwellenwert für die Agrarerwerbsquote offenbar relativ hoch angesetzt wurde¹⁵. *Boustedt* unterscheidet bekanntlich u. a. Kerngebiete der Stadtregionen, Umlandzonen der Stadtregionen und übrige Gemeinden. Nach der oben genannten Zielsetzung fallen die rückständigen Regionen vor allem unter die Rubrik der „übrigen Gemeinden“, die etwa 83 v. H.¹⁶ der Gesamtfläche der Bundesrepublik auf sich vereinigen. Zweckmäßigerweise sind die übrigen Gemeinden zu unterscheiden in zentrale Orte (ZO) mit beabsichtigter schwerpunktmäßiger regionaler Strukturförderung¹⁷ und in „übrige Gemeinden, abzüglich dieser ZO“.

Die bisherigen Ausführungen können in der folgenden übersichtlichen Formulierung zusammengefaßt werden.

Zunächst sind dafür einige Symbole für Indices und Daten einzuführen.

Indices:

$i, i' =$ Regionentypen ($i = 1, \dots, 6$), wobei

- 1 = Kerngebiete von Stadtregionen, die dem Verdacht der Überlastung ausgesetzt sind
- 2 = Kerngebiete von Stadtregionen, die nicht dem Verdacht der Überlastung ausgesetzt sind
- 3 = Umlandzonen zu 1
- 4 = Umlandzonen zu 2

¹³ Vgl. *Boustedt, O.*: Wesen und Bedeutung der Stadtregionen. Eine kurzgefaßte Darstellung. In: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. XIV, Raum und Bevölkerung 1. – Bremen 1960. S. 1 ff.

¹⁴ Vgl. *Brede, H.*; *C. Ossorio*: Begriff und Abgrenzung der Region, unter besonderer Berücksichtigung der Agglomerationsräume. – München (1967). S. 64.

¹⁵ Vgl. die Schwellenwerte für die Abgrenzung der Stadtregionen nach *Boustedt, O.*, a. a. O., mit den Schwellenwerten nach *Voigt, H.*: Abgrenzungsprobleme des Stadtgebietes, Hrsg. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung. – Köln 1956.

¹⁶ Vgl. Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961. Ergänzungsband 1. – Hannover 1968, S. 1.

¹⁷ Vgl. die „Vorschläge zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik“ vom Bundesminister für Wirtschaft. – Bonn, 26. Sept. 1968, S. 16 a.

- 5 = ZO, welche die ökonomische Mindestgröße für eine erfolgreiche aktive Sanierung (Industrialisierung) aufweisen
 6 = übrige Gemeinden, abzüglich der ZO

j = Laufindex ($j = 1, \dots, j^*$); gekennzeichnet wird damit die j -te Region des Typs i

k = Berufsgruppen ($k = 1, \dots, k^*$)

Daten:

E_{tk}^{ij} = Erwerbstätige der Berufsgruppe k in der Region j vom Typ i im Zeitpunkt t

B_t^{ij} = Bevölkerung der Region j vom Typ i im Zeitpunkt t

e_{tk}^{ij} = Anteil der Berufsgruppe k an der Gesamtbeschäftigung in der Region j vom Typ i zum Zeitpunkt t

l_{tk} = durchschnittlicher Stundenlohn der Berufsgruppe k im Zeitpunkt t

Der Aktivitätsstatus der Region j des Typs i in Periode t (A_t^{ij}) lautet dann:

$$(1) \quad A_t^{ij} = \frac{\sum_k E_{tk}^{ij} \cdot l_{tk}}{B_t^{ij}} \text{ beziehungsweise}$$

$$(2) \quad A_t^{ij} = \frac{E_t^{ij} \sum_k e_{tk}^{ij} \cdot l_{tk}}{B_t^{ij}}$$

$\frac{E_t^{ij}}{B_t^{ij}}$ ist die Beschäftigtenquote. Setzt man dafür vereinfacht q_t^{ij} , so wird (2) schließlich zu:

$$(3) \quad A_t^{ij} = q_t^{ij} \sum_k e_{tk}^{ij} \cdot l_{tk}$$

Entsprechend ist das Attraktivitätsgefälle oder der relative Attraktivitätsstatus (C) zwischen zwei Regionen i und i' :

$$(4) \quad C_{ii'} = \frac{\sum_j A_t^{ij}}{\sum_j A_t^{i'j}}$$

Aus der Veränderung des relativen Attraktivitätsstatus wird ersichtlich, ob und gegebenenfalls wie weit ein dem regionalpolitischen Ziel entsprechende Umstrukturierung in der räumlichen Faktorallokation stattgefunden hat. Der Attraktivitätsgewinn ist umso größer (kleiner), je höher (geringer) die relative Wachstumsrate des Attraktivitätsstatus der rückständigen Regionen ist.

Die Änderung des relativen Attraktivitätsstatus ergibt sich aus:

$$(5) \quad C_{ii'}^{ii'} - C_{ii'}^{ii'} = \frac{\sum_j A_{t_1}^{ij}}{\sum_j A_{t_1}^{i'j}} - \frac{\sum_j A_{t_0}^{ij}}{\sum_j A_{t_0}^{i'j}}$$

Ein Anstieg des relativen Attraktivitätsstatus z. B. der ZO bedeutet, daß hier das qualifizierte Arbeitskräftepotential im Vergleich zum regionalen Bevölkerungspotential stärker wächst als in den zum Vergleich herangezogenen Regionentypen. Dann müssen aber auch nach den einleitend erläuterten Zusammenhängen die Voraussetzungen relativ besser geworden sein, den innovatorischen Rückstand in der Produktionsstruktur der ZO abzubauen.

4. Eine Erweiterung des Lösungsvorschlages

Schließlich drängt sich noch eine weiterführende Überlegung auf. Das Ziel räumlich gleichgewichtigen Wachstums ist, wenn auch noch nicht in eindeutigen quantitativen Relationen, wenigstens schon in der Richtung fixierbar. Erstrebt wird zum Beispiel ein höheres Entwicklungspotential

- der nicht überlastungsverdächtigen Kerngebiete im Vergleich zu den überlastungsverdächtigen Kerngebieten,
- der ZO gegenüber den übrigen Gemeinden abzüglich der ZO und
- der Umlandzonen der überlastungsverdächtigen Kerngebiete relativ zu den Umlandzonen der nicht-überlastungsverdächtigen Kerngebiete.

Veränderung des Attraktivitätsstatus des Typs i (z. B. der ZO) ist deshalb nicht immer gleich Veränderung des Attraktivitätsstatus des zum Vergleich herangezogenen Typ i' (z. B. der Umlandgemeinden der Stadtregionen) zu setzen. Im Idealfall sind die Wachstumsraten des regionalen Attraktivitätsstatus vielmehr zu gewichten nach der ihnen beigemessenen regionalpolitischen Bedeutung. Wird beispielsweise das Wachstum des Attraktivitätsstatus in den übrigen Gemeinden abzüglich der ZO mit 1 bewertet, so wäre die entsprechende Wachstumsrate für die ZO mit einem größeren Gewicht, z. B. 1,5, zu versehen. Der Einwand liegt nahe, politische Entscheidungsträger würden ihre Ziele nie so genau konkretisieren, daß – etwa im vorliegenden Fall – mit der Möglichkeit eindeutiger Gewichtungen gerechnet werden kann. Er wird aber durch amerikanische Erfahrungen, namentlich mit „water resource development“-Programmen, entkräftet.

Geht man deshalb davon aus, daß Gewichtungen der angesprochenen Art möglich sind, so kann der Erfolg der Regionalpolitik auch anhand der nach ihrer regionalpolitischen Bedeutung gewichteten Wachstumsraten gemessen werden. Die gewichtete Wachstumsrate des regionalen Attraktivitätsstatus des Regionentyps i (w_i) ergibt sich aus:

$$(6) \quad w_i = g_i \left[\frac{\sum_j A_{t_1}^{ij} - \sum_j A_{t_0}^{ij}}{\sum_j A_{t_0}^{ij}} \right]$$

g_i steht dabei für das jeweilige Gewicht, das dem Wachstum des Attraktivitätsstatus des Regionentyps i regionalpolitisch beigemessen wird.

Die Wachstumsrate aller Regionen (w) wird entsprechend definiert als

$$(7) \quad w = \frac{\frac{1}{n} \sum_i w_i \cdot B_i}{B},$$

wobei n die Anzahl der einbezogenen Regionen ist.

Der Ausdruck (7) ist eine politisch gewichtete, auf Geldeinheiten basierende Wachstumsrate, deren Höhe darüber Aufschluß gibt, um wieviel sich das qualifizierte Arbeitskräftepotential, die treibende Kraft zum Abbau räumlich ungleichgewichtiger Entwicklungen, im Sinne der regionalpolitisch beabsichtigten Umverteilung der Produktivkräfte und Entwicklungschancen verschoben hat. Es wäre demnach a priori nicht abwegig, ihn als eine Ertragsrate des regionalpolitischen Mitteleinsatzes zu interpretieren, der dafür eingesetzt wird, dem marktwirtschaftlich determinierten räumlichen Konzentrationsprozeß entgegenzuwirken.

Als Maßstab für die Effizienzkontrolle könnte dann der Ausdruck

$$(8) \quad \frac{g_i \left[\sum_j A_{t_1}^{ij} - \sum_j A_{t_0}^{ij} \right]}{\text{Mitteleinsatz}}$$

gewertet werden. Er ist der Quotient aus den regionalpolitisch gewichteten, absoluten „Ertragszuwächsen“ des qualifizierten Arbeitskräftepotentials und dem in Geldeinheiten gemessenen regionalpolitischen Mitteleinsatz.

5. Beurteilung der Methode

Es fällt auf, daß die eben erörterte Methode der quantitativen Erfolgskontrolle in Konkurrenz zur regionalen

Bruttoinlandsproduktberechnung tritt. Deshalb drängt sich der Vergleich beider Methoden auf, um von hierher zu prüfen, wie weit die dargestellte Methode Basisinformationen über die regionale Entwicklung zu vermitteln imstande ist, die über die Bruttoinlandsproduktberechnungen hinausgehen. Zwei Unterschiede sind hervorzuheben.

Erstens: Die unterbreitete Methode stellt auf die Messung der treibenden Kraft regionaler Entwicklungsprozesse ab, die Buttoinlandsproduktberechnung dagegen auf das Ergebnis des entsprechenden Faktoreinsatzes. Insofern dürften sich beide Methoden eher ergänzen als ersetzen.

Zweitens: Die Bruttoinlandsproduktwerte werden in der Bundesrepublik zur Zeit hinunter bis zu den kreisfreien Städten als kleinste Raumeinheiten ermittelt. Dabei büßen diese Wertangaben bekanntlich umso mehr an Aussagefähigkeit ein, je kleiner die zugrundegelegten Raumeinheiten werden. Schon bei den kreisfreien Städten ist regelmäßig damit zu rechnen, daß die Bruttoinlandsproduktwerte nebst ihren Zuwachsraten Ergebnisse mit fragwürdigem Repräsentationsgrad liefern, weil hier wenige Großbetriebe, beziehungsweise einseitige, vom Durchschnitt unter Umständen stark abweichende Produktions- und Kostenfunktionen das Gesamtbild verzerren können. Dieser Einwand gewinnt noch an Gewicht, wenn die Bruttoinlandsproduktberechnung auf die regionalpolitisch relevanten zentralen Orte in ländlichen Räumen ausgedehnt werden sollte. Die als förderungswürdig erachtete Mindestgröße liegt hier noch erheblich unter der Durchschnittsgröße der kreisfreien Städte. Mit der beschriebenen Methode dürfte gerade diese Informationslücke reduziert werden können. Ausreichendes Datenmaterial liefern zumindest die Arbeitsstättenzählungen, zusammen mit der von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung aufbereiteten Bevölkerungsentwicklung in der stadtreionalen Aufgliederung.